

Fraktion **direkt**

28 | 19. Dezember 2014

Zur Lage

Wir trauern um Andreas Schockenhoff

Die Fraktion verliert einen großartigen Menschen



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Am vergangenen Montag wehten die Flaggen auf den Türmen des Bundestags auf halbmast. Das Zeichen der Trauer galt unserem Kollegen Andreas Schockenhoff. Mit Bestürzung hatten wir am Sonntag erfahren, dass unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit nur 57 Jahren völlig unerwartet gestorben ist. Wir haben einen leidenschaftlichen Außenpolitiker und großartigen Menschen verloren, der für viele von uns ein Freund war.

Totenmesse in St. Hedwigs-Kathedrale

Am Donnerstag konnten sich die Fraktion, Kollegen aus anderen Parteien und Mitglieder des Diplomatischen Corps in der St. Hedwigs-Kathedrale von Andreas Schockenhoff verabschieden. Die Messe war ein würdiger Rahmen für den Abschied von einem Menschen, der uns fehlen wird. Wir trauern um einen unserer profiliertesten Politiker. Ihm waren die deutsch-französischen Beziehungen immer eine Herzensangelegenheit. Als ehemaliger Koordinator für die deutsch-russischen Beziehungen war er aber auch ein Kenner Russlands. Gerade in diesem konfliktreichen Jahr war seine Stimme in dieser Beziehung von besonderer Bedeutung.

Unser Mitgefühl gilt in diesen Tagen vor allem seinen Kindern und seiner Familie. Dass sein Bruder Eberhard Schockenhoff den Gottesdienst mitgestaltete, hat uns in den Stunden der Trauer geholfen. Wir werden Andreas Schockenhoff nicht vergessen.

Neues Jahr mit großen Herausforderungen

Der Tod von Andreas Schockenhoff hat unsere Vorfreude auf Weihnachten und auf die Tage zwischen den Jahren sicher getrübt. Blicken wir auf das zurückliegende Jahr, so können wir in politischer Hinsicht aber eine positive Bilanz ziehen. Deutschland steht auch an der Schwelle zum Jahr 2015 gut da: Die Arbeitslosigkeit ist niedrig. Der Bund wird keine neuen Schulden machen. Der Euro ist stabil.

„Deutschland steht auch an der Schwelle zu 2015 gut da“

Einigen Herausforderungen werden wir uns im kommenden Jahr stellen müssen. Zunächst in der Außenpolitik: Der Konflikt zwischen der Ukraine und Russland schwelt weiter. Auch der IS-Terror lässt uns keine Ruhe. Im Inland werden wir uns vor allem um die Verbesserung der wirtschaftlichen Grundlagen unseres Landes kümmern. Denn ohne eine florierende Wirtschaft gibt es keinen Wohlstand.

Volker Kauder

Inhalt

Wir trauern um Andreas Schockenhoff	1
Mediale Verantwortung übernehmen	2
Vereinigtes Europa ist großes Glück	3
Hilfen für Griechenland werden fortgeführt	4
„Deutschland hat eine Vorreiterrolle“	5
Familienunternehmen weiter verschonen	6
„Irritierend selbstgerecht“	7
Gedenken an Andreas Schockenhoff	8
Letzte Seite	9

Kommentar

Mediale Verantwortung übernehmen

Deutsche Welle wichtige Informationsquelle



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer
Erster Parlamentarischer Geschäftsführer
der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Welle stehen im Bundeshaushalt des kommenden Jahres 287 Millionen Euro zur Verfügung. Wir haben das Budget wieder erhöht, nachdem der Sender in den rot-grünen Regierungsjahren Budgetkürzungen von 50 Millionen Euro hinnehmen musste.

Die finanzielle Ausstattung der Deutschen Welle ist immer noch geringer als die anderer Auslandssender, aber die journalistische Qualität steht für sich. Zumal der Sender mit den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten kooperiert und Programminhalte übernehmen kann.

Wir leben in bewegten Zeiten. Zahlreiche Krisen und Kriege sind inzwischen Teil unseres politischen Alltags. Wir engagieren uns diplomatisch, humanitär und militärisch in verschiedenen Teilen der Welt. Eine besondere Bedeutung bei all diesen Konflikten kommt den Medien zu. Über Fernsehsender, das Internet oder auch das Radio werden nicht nur Nachrichten vermittelt, sondern können Ereignisse auch gedeutet oder politisch bewertet werden. Gerade in Krisengebieten, wie etwa der Ukraine, versuchen Rebellen über die verschiedenen Kommunikationswege Einfluss zu nehmen. Der Fernsehsender Russia Today verbreitet inzwischen auf intensivste Art seine populistischen Anschauungen in der Welt. Die finanzielle Ausstattung des Senders scheint unbegrenzt. Und auch China und der Iran haben ihre Auslandsrundfunksender längst massiv aufgerüstet.

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen ist es wichtig, dass auch Deutschland mit einem eigenen Auslandssender in der Welt medial präsent ist. Mit der Deutschen Welle haben wir die Möglichkeit, unsere freiheitlich-demokratischen Grundwerte, unsere Sprache, Kultur, Gesellschaft international zu präsentieren. Dieser Sender prägt ein Bild Deutschlands in der Welt. Und nicht nur das: Er steht auch für Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit. Für die Deutsche

Meinungsfreiheit und -vielfalt transportieren

Der neue Intendant der Deutschen Welle, Peter Limbourg, hat begonnen, den Sender so aufzustellen, dass er den aktuellen Anforderungen gerechter werden kann. Es wurde ausführlich diskutiert, welche Sprache dabei künftig dominieren soll. Der Anspruch der Deutschen Welle ist eindeutig: Die Position als globaler Informationsanbieter soll ausgebaut werden. Man will der dritte wichtige internationale Nachrichtensender nach CNN und BBC werden. Die Zahl der Nutzerkontakte soll um 50 Millionen pro Woche gesteigert werden. Daher ist eine stärkere Konzentration auf die englische Sprache sinnvoll. Die Deutsche Welle erreicht mit ihren deutschen Programmen etwa 250.000 Menschen in der Welt – mit dem englischen Programm viele Millionen Zuschauer und Zuhörer. Neben den beiden wichtigen Hauptsprachen wird die Deutsche Welle aber nach wie vor in vielen anderen Sprachen auf den verschiedenen Kontinenten ausgestrahlt.

Mit unserer medialen Präsenz durch die Deutsche Welle übernehmen wir noch mehr Verantwortung – mit seriöser und neutraler journalistischer Berichterstattung. Vor allem in Teilen der Welt, in denen Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt kaum vorhanden sind.

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Vereinigtes Europa ist großes Glück

Bundeskanzlerin Merkel blickt auf ein ereignisreiches Jahr 2014 zurück



Foto: Tobias Koch

Kanzlerin Merkel bei ihrer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag

Gedenken und Freude lagen im Jahr 2014 nah beieinander. Einerseits hat sich Deutschland an den Ausbruch zweier Weltkriege, 1914 und 1939, erinnert. Andererseits wurde der Fall der Mauer vor 25 Jahren begeistert gefeiert. Diese unterschiedlichen Phasen deutscher Geschichte vor Augen wies Bundeskanzlerin Angela Merkel am Donnerstag im Bundestag noch einmal auf das große Glück hin, das Europa durch seine Einigung widerfahren sei. In ihrer Regierungserklärung zum Europäischen Rat verdeutlichte Merkel, dass Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa gerade vor dem Hintergrund aktueller Krisen und Kriege keinesfalls selbstverständlich seien.

Die Regierungschefin betonte mit Blick auf die andauernde Krise in der Ukraine erneut, dass der Konflikt zwischen der Regierung in Kiew und den prorussischen Separatisten in der Ostukraine militärisch nicht zu lösen sei. Es werde unverändert der Dialog mit Russland gesucht. Leitlinie bleibe dabei, so Merkel, dass sich „die Stärke des Rechts durchsetzt und nicht das Recht des Stärkeren“. Sanktionen gegen Russland müssten so lange bestehen bleiben, wie das Land „gegen die Prinzipien von Recht, Respekt und Partnerschaft verstößt“.

Unionsfraktionschef Volker Kauder machte in seiner Rede zudem deutlich, wie wichtig die deutsch-französische Freundschaft seit jeher für den Friedensprozess in Europa gewesen ist. Kauder würdigte in diesem Zusammenhang „den unermüdlichen Einsatz“ des in der vergangenen Woche überraschend verstorbenen Außenpolitikers Andreas Schockenhoff. Dieser habe sich stets um die deutsch-französische Partnerschaft bemüht.

Kauder zeigte sich dankbar, dass man in Europa zu einer „übereinstimmenden Meinung gekommen ist, wie man den Weg des Friedens geht“. Der Konsens des Dialogs habe sich als richtig erwiesen.

Wirtschaftspolitische Schwerpunkte auf der Agenda in Brüssel

Neben außenpolitischen Themen bestimmen wirtschaftspolitische Schwerpunkte die Agenda des europäischen Rates in Brüssel. Bei den Gesprächen ging es unter anderem um den von EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker vorgestellten Investitionsfonds der EU-Kommission. Dieser sieht Investitionen in Höhe von 315 Milliarden Euro vor, um die wirtschaftliche Stärke Europas auszubauen.

Bei dem Treffen in Brüssel waren auch die Präsidenten der Europäischen Zentralbank (EZB) und der Europäischen Investitionsbank (EIB) anwesend, bei der der Investitionsfonds angesiedelt werden soll. Aufgabe der EU-Kommission und der EIB wird es sein, Projekte mit einem europäischen Mehrwert auszuwählen und den weiteren Investitionsfahrplan vorzulegen.

Merkel sagte, die mit den Investitionen geförderten Projekte müssten vor allem Zukunftsbereichen wie dem Digitalsektor oder dem Energiemarkt zugerechnet werden können. Auch kleine und mittlere Unternehmen sollten gefördert werden. Gleichzeitig warnte die Bundeskanzlerin jedoch davor, das geplante Investitionspaket als neues öffentliches Ausgabenprogramm anzusehen. Entscheidend sei, dass Unternehmen Arbeitsplätze schaffen. „Es muss vor allem um die Mobilisierung privater Investitionen gehen“, sagte Merkel.

Investitionen vor allem in Zukunftsbereiche

Als Grundpfeiler für eine wirtschaftliche Erholung in Europa müsse auch die „wachstumsfreundliche Konsolidierung der nationalen Haushalte fortgesetzt werden“. Zudem seien weitere Strukturreformen und ein Bürokratieabbau sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene nötig.

Die Kanzlerin ließ schließlich keinen Zweifel daran, dass man künftige Wirtschaftskrisen nur dann verhindern könne, wenn man schon jetzt „die Ursachen bekämpft“. Mit den in diesem Jahr eingeführten dauerhaften Krisenbewältigungsmechanismen sei man dem einen großen Schritt näher gekommen, sagte sie. Man könne nun Bankenrisiken besser vorbeugen und habe gleichzeitig deutlich gemacht, dass Steuerzahler mit ihrem Geld nicht länger für das Fehlverhalten von Dritten haften. „Das waren wir den Menschen schuldig“, sagte die Kanzlerin.

Hilfen für Griechenland werden fortgeführt

Bundestag stimmt Vorschlag der Bundesregierung zu



Foto: picture alliance / dpa

Das griechische Parlament stimmt über den Haushalt 2015 ab

Griechenland hat bei der Bewältigung seiner Finanzkrise in den letzten beiden Jahren weitreichende Reformen eingeleitet und große Fortschritte gemacht. Das Land ist aber noch nicht über den Berg und strebt daher eine weitere Unterstützung von Seiten der europäischen Partner an. Vor diesem Hintergrund billigte der Bundestag am Donnerstag einen Vorschlag der Bundesregierung, die Finanzhilfen um zwei Monate bis zum 28. Februar 2015 zu verlängern. Für die Zeit danach erteilte das Parlament seine grundsätzliche Zustimmung zu Verhandlungen über eine vorsorgliche Kreditlinie.

Die Verlängerung des seit zwei Jahren laufenden Hilfsprogramms bedeutet eine „wesentliche Änderung“ und macht deshalb eine Befassung des Bundestages erforderlich. Das Programm wird aus dem vorübergehenden Rettungsschirm EFSF (Europäische Finanzstabilisierungsfazilität) finanziert. Ursprünglich war vereinbart, dass die griechische Regierung die letzte Tranche in Höhe von 1,8 Milliarden Euro bis zum Auslaufen des Programms Ende Dezember 2014 erhält.

Voraussetzung dafür wäre aber, dass die Troika, bestehend aus Vertretern der Europäischen Zentralbank,

dem Internationalen Währungsfonds und der EU-Kommission, Griechenland die Umsetzung der damit verbundenen Reformauflagen bestätigt. Athen hat anerkanntermaßen bereits erhebliche Fortschritte bei der Umsetzung der erforderlichen Strukturformen gemacht.

Allerdings stehen noch einige Reformen aus, die nicht mehr vor Ende des Jahres abgeschlossen werden können. Nach Einschätzung der Euro-Gruppe reicht eine Verlängerung der Auszahlungsfrist um zwei Monate aus, um alle von der Troika geforderten Maßnahmen umzusetzen.

Vorsorgliche Kreditlinie in Aussicht

Die vorsorgliche Kreditlinie (Enhanced Conditions Credit Line oder ECCL) aus dem dauerhaften Rettungsschirm Europäischer Stabilitätsmechanismus (ESM) betrifft die Zeit danach. Griechenland wird auch nach Auslaufen des EFSF-Hilfsprogramms noch nicht allein in der Lage sein, sich Geld zu akzeptablen Konditionen an den Finanzmärkten zu besorgen.

Die noch auszuhandelnde vorsorgliche Kreditlinie soll als Sicherheitsnetz fungieren und den Investoren signalisieren, dass das Land weiterhin

auf die Unterstützung seiner Partner in der Euro-Zone zählen kann. Ziel ist, die Märkte so zu beruhigen, dass Griechenland die Kreditlinie erst gar nicht in Anspruch nehmen muss. Die Hilfe wäre mit neuen Auflagen verbunden und hätte einen Umfang von maximal 10,9 Milliarden Euro. Die Laufzeit betrage zwölf Monate.

Zweistufiges Verfahren

Für eine vorsorgliche Kreditlinie ist nach dem ESM-Finanzierungsgesetz ein zweistufiges parlamentarisches Verfahren vorgesehen. Mit der jetzigen Entscheidung darf der deutsche Vertreter im ESM für die Aufnahme von Verhandlungen über die Kreditlinie stimmen. Für den Fall eines erfolgreichen Abschlusses der Verhandlungen wäre wiederum die Befassung des Bundestages erforderlich.

In Griechenland finden derzeit Präsidentschaftswahlen statt. Eine handlungsfähige Regierung vorausgesetzt, wird die Troika ihre Verhandlungen Anfang Januar 2015 wieder aufnehmen. Der Antrag der Bundesregierung sagt ausdrücklich, dass Verhandlungen über eine vorsorgliche Kreditlinie nur dann aufgenommen werden, wenn zuvor das laufende Programm zufriedenstellend abgeschlossen wurde.

„Deutschland hat eine Vorreiterrolle“

Thomas Gebhart über den Klimagipfel in Lima – „The German Energiewende“ als Modell



Foto: Andy M. Räscher

Thomas Gebhart
CDU-Umweltexperte

Auf der UN-Konferenz in Lima wurde zwei Wochen lang der Entwurf eines umfassenden internationalen Klimaschutzabkommens verhandelt, der im kommenden Jahr in Paris verabschiedet werden soll. Zur Bundestagsdelegation, die die Umweltministerin nach Lima begleitete, gehörten unter anderem die CDU-Umweltpolitiker Matern von Marschall und Thomas Gebhart. „Fraktion direkt“ sprach mit Thomas Gebhart über die Bilanz von Lima.

Herr Gebhart, erst in der Verlängerung des Gipfels wurde eine Einigung erzielt. Woran hat es gehakt?

Gebhart: Tatsächlich musste die Konferenz um fast zwei Tage verlängert werden. Bereits der erste Textvorschlag für das Abschlussplenum war jedoch ein Kompromiss mit vielen weichgespülten Formulierungen. Das zeigt: Wir stoßen an die Grenzen dessen, was solche Konferenzen leisten können.

Bei der Klimakonferenz prallen unterschiedliche Interessen aufeinander. Einige Länder – wie Deutschland – stehen für weitgehenden Klimaschutz, andere wollen sich vor allem wirtschaftlich entwickeln. Wiederum andere fordern insbesondere

finanzielle Hilfen, um sich an die Folgen des Klimawandels anpassen zu können. Bei den Klimakonferenzen gilt außerdem das Einstimmigkeitsprinzip. Daher überrascht es nicht, dass die Verhandlungen in Lima zäh waren.

Was sind die wichtigsten Punkte der Einigung?

Gebhart: Es gibt nun ein Gerüst für ein weltweites Klimaabkommen. Dies ist ein wichtiger Schritt. Das Gerüst enthält allerdings noch viele offene Punkte. Bis Ende März

sollen die Staaten melden, welche Beiträge sie zum Klimaschutz liefern können. Das Abkommen soll Ende nächsten Jahres in Paris verabschiedet werden. Ich hoffe, dass dies gelingt. Aber damit allein werden sich auch nicht alle Probleme lösen lassen. Erfreulich: Während der Konferenz ist es gelungen, die Zusagen für den internationalen Klimafonds auf über zehn Milliarden US-Dollar zu steigern.

Die Vorgaben für die Minderung des CO₂-Ausstoßes sind wenig ehrgeizig. Lässt sich das Ziel, die Erderwärmung auf höchstens zwei Grad Celsius zu beschränken damit einhalten?

Gebhart: Die Staaten sind nun aufgefordert, ihre Minderungsziele zu melden. Es ist zu befürchten, dass die angekündigten CO₂-Einsparungen in der Summe nicht ausreichen werden, um die Erderwärmung auf unter zwei Grad Celsius zu beschränken.

Werden die Schwellenländer ausreichend in die Pflicht genommen – sowohl für die CO₂-Minderung als auch für die Finanzierung des Klimafonds?

Gebhart: Aufstrebende Staaten wie China müssen mehr als bisher tun. Dies ist nach wie vor ein Streitthema.

Im Vorfeld der Klimakonferenz deutete sich Bewegung bei der chinesischen Regierung an. Am Ende der Konferenz war davon leider wenig zu spüren.

„Der ganz große Wurf wird nicht kommen“

Welche Rolle nimmt Deutschland ein?

Gebhart: Deutschland hat eine Vorreiterrolle. Das wird international von allen so gesehen. In vielen Gesprächen, die wir in Lima geführt haben, wurden wir auf „the German Energiewende“ angesprochen. Ob sie zu einem attraktiven Modell für andere Länder wird, hängt davon ab, wie gut die Energiewende hierzulande gelingt. Gelingen heißt: Sie muss unter ökologischen, unter ökonomischen und unter sozialen Gesichtspunkten erfolgreich sein.

Glauben Sie – nach Ihren Erfahrungen jetzt – noch an den großen Wurf nächsten Jahr in Paris?

Gebhart: Da es sich um ein weltweites Problem handelt, gehört dieses Thema immer wieder auf die Tagesordnung der Weltpolitik. Insofern gibt es keine vernünftige Alternative zu diesen Konferenzen. Wer allerdings den ganz großen Wurf auf diesen Klimakonferenzen erwartet, wird enttäuscht.

Neben diesen Konferenzen kommt es daher vor allem auf technologische Innovation an, um den Grundkonflikt zwischen Umwelt und Klimaschutz auf der einen Seite und Wohlstand und Wachstum auf der anderen Seite zu lösen. Mit moderner Technologie können wir beides miteinander verbinden. Forschung und Entwicklung sind daher zentral.

Familienunternehmen weiter verschonen

Bundesverfassungsgericht bestätigt Zulässigkeit von Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer

Familienunternehmen, die an die nächste Generation weitergegeben werden, können auch weiterhin unter bestimmten Bedingungen von der Erbschaftsteuer ausgenommen werden. Das ist der Kern eines Urteils, das das Bundesverfassungsgericht am Mittwoch verkündete. Das Gericht beanstandete aber einzelne Teile der Verschonungsregelungen, nach denen in bestimmten Fällen keine Erbschaftsteuer anfällt. Die Unionsfraktion will die Korrekturen schnell umsetzen. Arbeitsplätze in mittelständischen Unternehmen dürfen nicht gefährdet werden.

Die Privilegierung des Unternehmensübergangs gegenüber der Vererbung privater Vermögen ist den Richtern in Karlsruhe zufolge grundsätzlich mit dem Grundgesetz vereinbar. Nach den Verschonungsregelungen des Erbschaftsteuergesetzes ist es bislang möglich, Unternehmen an einen Nachfolger oder Erben erbschaftsteuerfrei bzw. mit verminderter Erbschaftsteuer zu übertragen. Voraussetzung ist, dass das Unternehmen über einen bestimmten Zeitraum vom Nachfolger fortgeführt wird und die Arbeitsplätze erhält.

Das Bundesverfassungsgericht stellte nun fest, dass eine Ausnahme von der Lohnsummenregelung, wie sie bislang für Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern vorgesehen war, verfassungswidrig ist. Gleichzeitig fordert das Gericht, für größere Unternehmen im Einzelfall eine Bedürfnisprüfung vorzusehen, falls sie von der Erbschaftsteuer verschont werden sollen. Auch die Regelung, wonach Unternehmen mit einem Verwaltungsvermögen von bis zu 50 Prozent in den Genuss der Privilegierung kommen, wurde von Karlsruhe für verfassungswidrig erklärt.

Der Gesetzgeber hat nun bis zum 30. Juni 2016 Zeit, eine verfassungskonforme Regelung für die beanstandeten Aspekte zu finden. Da das Bundesverfassungsgericht aber die Grundkonzeption des Erbschaft- und Schen-



Foto: picture alliance / dpa

Das Bundesverfassungsgericht urteilt über die Erbschaftsteuer

kungsteuerrechts als verfassungskonform akzeptiert hat, sollten nach Auffassung der CDU/CSU-Fraktion einzelne kleinere Korrekturen ausreichen.

Für die mittelständischen Familienunternehmen und den Wirtschaftsstandort Deutschland ist das ein gutes Signal, denn auch nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts muss sich kein Unternehmer Sorgen machen, dass er sein Unternehmen wegen zu hoher Erbschaftsteuer nicht an die

nächste Generation übergeben kann. Dafür setzt sich die Unionsfraktion – ganz im Sinne der Vereinbarungen des Koalitionsvertrages – im nun anstehenden Gesetzgebungsprozess ein. Denn die vielen mittelständischen Unternehmen und Familienbetriebe sind der Pfeiler des Wohlstands in Deutschland. Diese Wirtschaftsstrukturen dürfen nicht durch hohe Belastungen beim Unternehmensübergang gefährdet werden.

Werte verteidigen – Zukunft sichern

Neuer Arbeitsbericht der Fraktion

Aus der letzten Bundestagswahl ist die Union als klarer Sieger hervorgegangen. Auch nach gut einem Jahr liegt die Zustimmung der Bürger für CDU und CSU in Umfragen weiterhin auf hohem Niveau. Mit einer Politik des Augenmaßes und der Vernunft will sich die Unionsfraktion dieses Vertrauen auch künftig verdienen.

In ihrem aktuellen Arbeitsbericht gibt die Fraktion einen umfassenden Einblick in ihre Aktivitäten des vergangenen Jahres. So hat sie den Kurs der Haushaltskonsolidierung erfolgreich fortgesetzt: 2015 werden erst-

mals seit 45 Jahren keine neuen Kredite aufgenommen. Gleichzeitig wurden die Ausgaben für Forschung und Bildung erhöht, die Mütterrente aufgestockt und die Pflege reformiert. Auch außenpolitisch stand und steht die Union – etwa mit der Ukraine-Krise oder dem islamistischen Terror – vor erheblichen Herausforderungen, denen sie sich entschlossen und umsichtig stellt.

Der Arbeitsbericht kann unter fraktion@cducsu.de bestellt werden und steht unter www.cducsu.de/publikationen zum Download bereit.

„Irritierend selbstgerecht“

Edathy sagt vor Untersuchungsausschuss aus – CDU/CSU-Fraktion bewertet Auftritt kritisch

Ein halbes Jahr nach seiner Konstituierung hat der Untersuchungsausschuss des Bundestags zum Fall Edathy seinen Hauptzeugen vernommen. Der ehemalige SPD-Abgeordnete Sebastian Edathy, der im Verdacht steht, kinderpornografische Bilder und Filme auf seinen Bundestagslaptop geladen zu haben, stand am Donnerstag dem Ausschuss Rede und Antwort. Gleichwohl blieben viele Fragen offen.

Wie schon zuvor stellte Edathy sich als Opfer dar. Der Obmann der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Armin Schuster, nannte den Auftritt des Zeugen „irritierend selbstgerecht“. Im Anschluss wurde der ehemalige innenpolitische Sprecher der SPD-Fraktion, Michael Hartmann, vernommen. Von ihm will Edathy frühzeitig erfahren haben, dass gegen ihn Ermittlungen liefen. Der frühere Abgeordnete war der Aufhebung seiner Immunität im Februar zuvorgekommen, indem er sein Mandat niederlegte.

Aussage gegen Aussage

Edathy sagte auch aus, Hartmann habe seinerseits die Information über die Ermittlungen vom damaligen Präsidenten des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke, bekommen. Er legte eine eidesstattliche Versicherung sowie eine Niederschrift seiner SMS-Kommunikation mit Hartmann sowie dem SPD-Fraktionschef Thomas Oppermann vor. Hartmann bestritt vor dem Ausschuss, Edathys Informant gewesen zu sein. Nun steht Aussage gegen Aussage. Um Licht in das Dunkel zu bekommen, will der Ausschuss im neuen Jahr auch Ziercke vernehmen.

Edathy, der sich seit Beginn der Ermittlungen im Ausland versteckt hält, sprach am Donnerstag zunächst vor der Bundespressekonferenz – ein Schritt, der von der CDU/CSU-Fraktion scharf als mangelnder Respekt vor dem Bundestag kritisiert wurde. Im

Untersuchungsausschuss betonte der ehemalige Abgeordnete erneut, dass er kein illegales kinderpornografisches Material besessen habe. Die Bilder des kanadischen Pornovertriebs Azov habe er vor Jahren „guten Gewissens“ gekauft und deshalb auch mit seinem Klarnamen und seiner Kreditkarte bezahlt. Armin Schuster erklärte: „Ein Opfer des Rechtsstaates ist Herr Edathy nicht. Opfer sind die Kinder, die für die Darstellungen missbraucht wurden.“

Neben der Frage, wer wann wen informiert hatte, will der Ausschuss auch die Frage klären, warum es zwei Jahre dauerte, bis auf der Kundenliste des kanadischen Porno-Vertriebs Azov der Name Edathy auffiel. Ermittlungsspannen im BKA konnte der Untersuchungsausschuss bis dato jedoch nicht feststellen. Vielmehr lag die Ursache in der Fülle des Materials und der Überlastung der Beamten auch mit dringenderen und schwerer wiegenden Fällen.



Foto: picture alliance / dpa

Edathy vor dem Untersuchungsausschuss des Bundestages

Die politischen Verzweigungen der Affäre hatten bereits im Februar den CSU-Politiker Hans-Peter Friedrich das Amt des Landwirtschaftsministers gekostet. Friedrich, der als Bundesinnenminister seinerzeit die Information über die Ermittlungen gegen Edathy an SPD-Chef Sigmar Gabriel weitergegeben hatte, ist inzwischen vom Vorwurf des Geheimnisverrats entlastet. Die Staatsanwaltschaft Berlin stellte die Ermittlungen gegen ihn bereits ein.

Mindestspeicherfristen dringend erforderlich

Eine andere wichtige Erkenntnis erbrachte der Untersuchungsausschuss bereits im Verlauf der bisherigen Befragungen. So sprachen sich mehrere Ermittler für die Wiedereinführung der Datenspeicherung auf Vorrat aus. Mindestspeicherfristen seien im Einzelfall oft die einzige Möglichkeit, Kriminellen auf die Spur zu kommen, die kinderpornografisches Material im Internet vertreiben, betonten sie. Ohne dieses wichtige Instrument der Kriminalitätsbekämpfung seien die Strafverfolgungsbehörden machtlos.

Gedenken an Andreas Schockenhoff

CDU/CSU-Fraktion und politische Wegbegleiter trauern um Verstorbenen

Foto: Steven Rösler



Porträt des verstorbenen Andreas Schockenhoff in der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin

Die Stimmung war niedergedrückt in der St. Hedwigs-Kathedrale in Berlin, als dort am Donnerstagmorgen zahlreiche Abgeordnete Abschied von ihrem langjährigen Weggefährten, dem stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Schockenhoff, nahmen. Der profilierte Außenpolitiker war seit 1990 Mitglied des Bundestags gewesen. Am Samstag war er im Alter von 57 Jahren an Herzversagen gestorben. Zum Trauergottesdienst waren neben dem Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder auch Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundeskanzlerin Angela Merkel und weitere Angehörige des Kabinetts sowie des Diplomatischen Corps erschienen. Die Achtung, die Schockenhoff über Fraktionsgrenzen hinweg genoss, ließ sich auch daran ermesen, dass sich Außenminister Frank-Walter Steinmeier sowie die Europaabgeordnete Marie-Luise Beck mit Fürbitten an der Messe beteiligten.

Zu Beginn des Gedenkgottesdienstes erinnerte Volker Kauder in der Lesung aus dem Römerbrief (Römer 6, 3-9) daran, dass wir – so wir denn mit Christus sterben – auch mit ihm leben werden: „Wir wissen, dass Christus, von den Toten auferweckt, nicht mehr stirbt; der Tod hat keine Macht mehr über ihn.“

Die Messe zelebrierte Prälat Karl Jüsten, der Andreas Schockenhoff als

tiefgläubigen Menschen beschrieb. Jüsten betonte neben der Trauer, die den Moment beherrsche, auch die Hoffnung, die die Trauergemeinde zusammengeführt habe: „Der Tod ist nicht das Ende von allem, sondern Neues beginnt. ... Nicht der Tod war die letzte Antwort des Lebens, sondern die Auferstehung.“ So werde auch Andreas Schockenhoff auferstehen und für immer bei Gott sein.

Zum Abschluss wandte sich Eberhard Schockenhoff, Bruder des Verstorbenen, an die Trauernden. Der Professor für Moralthologie an der Albert-Ludwigs-Universität in Frei-

burg im Breisgau dankte der Gemeinschaft für die Wertschätzung, die sie Andreas Schockenhoff gegeben habe, auch in Zeiten, als es ihm schwer gefallen sei, sein Leben in den Griff zu bekommen. Eberhard Schockenhoff schloss mit der Bitte: „Bewahren Sie ihn in guter Erinnerung.“

In der anschließenden Bundestagsitzung würdigte Parlamentspräsident Norbert Lammert Andreas Schockenhoff als „leidenschaftlichen Außenpolitiker“. Schockenhoff sei nicht auf einem Auge blind gewesen, wenn die Wirklichkeit Wunschvorstellungen nicht entsprochen habe. Als ehemaliger Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-russische Zusammenarbeit gehörte Schockenhoff zu den bekanntesten Kritikern des russischen Präsidenten Wladimir Putin in der Bundespolitik und trat unter anderem für harte Sanktionen gegen Moskau in der Ukraine-Krise ein.

Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion verliere mit ihm einen ihrer profiliertesten Politiker, hatte Volker Kauder bereits kurz nach Bekanntwerden des Todes von Schockenhoff erklärt und ergänzt: „Ganz viele von uns verlieren einen guten Freund und engen Weggefährten.“



Bundestagspräsident Norbert Lammert, Bundeskanzlerin Angela Merkel, der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder und viele politische Weggefährten gedenken des Verstorbenen

Foto: Steven Rösler

Spielzeug für Ebola-Waisen

Grundschüler übergeben Spenden

Viele möchten an Weihnachten nicht nur Verwandte und Freunde beschenken, sondern auch denen etwas geben, die vom Schicksal benachteiligt wurden. Und so sammelten Schüler aus dem Harz und Umland Spielzeug für Waisenkinder in Afrika, deren Eltern der Ebola-Epidemie zum Opfer gefallen sind. Vor der Fraktions-sitzung am Dienstag übergaben sie Kanzlerin Angela Merkel ihre Spenden, die SOS-Kinderdörfern zugutekommen sollen. Diese liegen alle in den von Ebola schwer betroffenen Regionen Westafrikas – Guinea, Sierra Leone und Liberia.

Gemeinsam mit ihren Eltern waren die Kinder nach Berlin gereist, um ihr Spielzeug Kanzlerin Merkel und Vertretern der SOS-Kinderdörfer zu übergeben. Anlass der Spendenaktion war ein Besuch des niedersächsischen Bundestagsabgeordneten Roy Kühne in der Grundschule Höckelheim bei Northeim. Dort hatte der Abgeordnete mit Schülerinnen und Schülern über die Situation der Kinder in den afrikanischen Gebieten gesprochen, die vom Ebola-Virus betroffen sind. Was daraus entstand, war nicht nur die Idee, selber Spielzeug für Ebola-Waisen zu sammeln, sondern eine groß angelegte Spendenaktion zahlreicher Grundschulen in Goslar, Osterode und Northeim.

Beeindruckt vom Engagement der Kinder

Insgesamt zwei Transporter mit Spielzeug kamen zusammen, die nun auf ihren Transport nach Westafrika warten. „Das ist eine super Aktion. Ich bin



Foto: Steven Rösler

Schüler übergeben ihre Spielzeugspenden der Bundeskanzlerin

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

beeindruckt von der Spendenbereitschaft der Kinder und freue mich sehr, dass sie am Dienstag nach Berlin gekommen sind, um ihre Spielsachen zu übergeben“, freute sich Roy Kühne.

Versendet und vor Ort verteilt wird das Spielzeug von den SOS-Kinderdörfern, die bei der Übergabe in Berlin von Jeanne Mukaruhogo und Carola Grigat vertreten wurden. Für die Koordination und die Organisation der Übergabe in Afrika ist Walter Lindner, Sonderbeauftragter der Bundesregierung für Ebola, verantwortlich. Er zeigte sich zuversichtlich, dass die

Spenden auf dem nächsten Hilfstransport nach Westafrika mitgenommen werden können.

Seit einem Jahr breitet sich das Ebola-Virus in Westafrika aus. Im Verlauf der Epidemie haben tausende Kinder ihre Eltern oder gar ihre gesamten Familien verloren. Die Waisen bleiben oft sich selbst überlassen oder werden von ihren Verwandten verstoßen, weil diese glauben, sie seien ansteckend. Die Angst der Angehörigen, sich zu infizieren, ist groß. Laut UN-Bericht wurden allein bis September 2014 rund 3.700 Ebola-Waisen gezählt.

Die Pressestelle der CDU/CSU-Fraktion wünscht allen Abgeordneten und Mitarbeitern gesegnete Weihnachten und ein erfolgreiches Jahr 2015!

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet
www.cducusu.de
Der Blog der CDU/CSU-Fraktion
blogfraktion.de
Fraktion direkt
www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusub